

Jens-Eberhard Jahn

Zur Genese und Entwicklung der Diskussion um Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen

Es bleibt nur eins: Die Bedürfnisse über die Leistungen zu stellen und zuerst das Recht auf das Leben anzuerkennen, alsdann darauf bedacht zu sein, für den Wohlstand aller derer zu sorgen, welche irgend einen Anteil an der Produktion nehmen. (Peter Kropotkin)

In den vorderasiatischen Mythen, die uns im Alten Testament erhalten sind, wird die Arbeit als ein Fluch Gottes verstanden, der gleichermaßen zu Beginn der Menschwerdung erfolgt, nach dem Ausschluss aus dem Paradies.

So ist verflucht der Ackerboden deinetwegen. Unter Mühsal wirst du von ihm essen alle Tage deines Lebens.

Dornen und Disteln läßt er dir wachsen, und die Pflanzen des Feldes mußt du essen.

Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen, bis du zurückkehrst zum Ackerboden; von ihm bist du ja genommen. Denn Staub bist du, zum Staub mußt du zurück. (Gen. 3, 17-19)

Die Arbeit ist hier also keineswegs "Sinn des Lebens", sondern ein Fluch, eine bittere Notwendigkeit. Dass der Mensch erfinderisch ist und sich Werkzeuge einfallen lässt, um die Mühen zu erleichtern, das unterscheidet ihn u.a. vom Tier. Engels ist offensichtlich von Anhängern wie Gegnern oft missverstanden worden, als er schrieb, die Arbeit sei "die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen" (MEW, 20, 444). Menschliches Schaffen, die Fähigkeit zum planmäßigen Gestalten der Umwelt ist hier wohl gemeint, nicht die Lohn- oder Erwerbsarbeit. Letztere ist allenfalls bittere Notwendigkeit in kapitalistischen Produktionsverhältnissen, menschliche Kreativität hingegen eine anthropologische Konstante.

Die Idee des Arbeitslohns in der Moderne ist untrennbar an die Idee des Gotteslohns in der jüdisch-christlichen Tradition gebunden. Frühbürgerliches Streben nach Gewinnmaximierung, calvinistische Prädestinationslehre und lutherisches Berufsethos traten in komplexe Überbau-Unterbau-Beziehungen ein und mündeten in eine verweltlichte Religion der Arbeit (die nicht ausschließt, dass "christliche" Tugenden auch - neben dem Berufsleben - in Ehe und Staat praktiziert werden können und sollen) (vgl. Weber, 51f).

In dem Maße aber, wie der Bevölkerungsmehrheit seitens der herrschenden Schichten zur Existenzsicherung der Zwang zur entfremdeten und regelmäßigen Lohnarbeit mehr und mehr auferlegt wurde, flankiert durch eine Ideologie, die dort, wo sie zum Tragen kam, die Entwicklung des Kapitalismus erst voll und ganz ermöglichte (vgl. Weber), meldeten sich auch Stimmen zu Wort, die eine Existenzsicherung jenseits des Diktats der Lohnarbeit forderten und/oder beschrieben. Dies konnte emanzipatorische wie auch regressiv Züge annehmen. In die Reihe dieser Autoren gehören Morus (*Utopia* 1517), Campanella (*La città del sole* 1623), Bacon (*Neu-Atlantis* 1638), Paine (*Agrarian Justice* 1796), Herka (*Freiland* 1892) und Bellamy (*Looking Backward* 1892) (vgl. Kuettel, 15f). Eine ähnliche Zielrichtung verfolgte Lafargue in seinem 1887 erschienen *Recht auf Faulheit*. Seine Satire beginnt - parodistisch angelehnt an das Kommunistische Manifest - mit den Worten: "Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht. Diese Sucht ist die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht" (Lafargue, 20). Der Teufelskreis des Zwangs zur Lohnarbeit zur Existenzsicherung wird treffend charakterisiert: "Arbeitet, arbeitet, Proletarier, vermehrt den Nationalreichtum und damit euer persönliches Elend. Arbeitet, arbeitet, um, immer ärmer geworden, noch mehr Ursache zu haben, zu arbeiten und elend zu sein. Das ist das unerbittliche Gesetz der kapitalistischen Produktion" (Lafargue, 29).

Anders als sein Schwiegervater, interessiert sich der Marxist Lafargue mehr für die Konsumtionssphäre als für die Produktionssphäre. Seine Unbeliebtheit bei vielen klassischen Marxisten erklärt Holuba damit, dass die "Aufgaben, die vor den neuen sozialistischen Ländern standen (Industrialisierung, Auseinandersetzung mit dem großen Gegner Kapitalismus), [...] keine

andere als eine asketische Moral zu[lieben]. [...] In dieser Situation ein Recht auf Faulheit einzuräumen, wäre hochgradig inopportun gewesen." (Holuba, 124) Anders ausgedrückt:

Die Arbeiterbewegung war es, die die feudale parasitäre Faulheit endgültig desavouierte und das bürgerliche Leistungsstreben definitiv in den Köpfen der Menschen verankerte. In einer beispiellosen Überhöhung der Ideologie ihrer Unterdrücker hat sie den geknechteten und unterdrückten Arbeiter zum Heroen der Geschichte und die entfremdete Arbeit zum Hohelied des Industriezeitalters umgedeutet (Ribolits).¹

Der klassische Marxismus übernahm das kapitalistische Arbeitsethos (eine Tatsache, die freilich zu ideologischen Widersprüchen führte). Dies erklärt zumindest zum Teil, weshalb ein Grundeinkommen, eine Grundsicherung oder ein Existenzgeld betreffende Ideen eher unter den Bedingungen des Kapitalismus, denn unter denen des real-existierenden Sozialismus mit seinem Vollbeschäftigungsanspruch gedeihen konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg meldete sich u.a. der links-humanistische Sozialpsychologe und Psychoanalytiker Erich Fromm zu Wort (vgl. Fromm 1955). Er wies zugleich darauf hin, dass "das garantierte Einkommen nur gewisse (wirtschaftliche und soziale) Probleme lösen würde, daß es aber nicht die erwünschte radikale Wirkung hätte, wenn wir nicht gleichzeitig das Prinzip des maximalen Konsums aufgeben" (Fromm 1982, 111).

Es ist also an der Zeit, zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze (die sich freilich nicht völlig ausschließen, aber von unterschiedlicher Motivation ausgehen) für ein garantiertes Einkommen zu trennen: Zum Einen, der Wunsch, eine **Grundsicherung** könnte die Not verarmter Bevölkerungsschichten lindern und gleichzeitig bestehende, kollabierende Sozialsysteme reformieren, zum Anderen die Vorstellung, die Entkoppelung von Lohn und Arbeit durch ein garantiertes **Grundeinkommen** würde die Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ernsthaft erschüttern und so den Weg in eine neue Gesellschaft bahnen helfen können. Bei Grundsicherungsmodellen hat zudem die Erwerbsarbeit Vorrang vor dem Bezug von Grundsicherung und es bleibt das Politikziel bestehen, möglichst viele Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In Grundeinkommensmodellen wird die Erwerbsarbeit über das Grundeinkommen hinaus zur Privatsache, Arbeitsmarktpolitik daher irrelevant (vgl. Gubitzer & Heintel).

Nun ist wohl unbestritten, dass Produkte zur Erhaltung von Individuum und Art erzeugt werden müssen und dass dazu Arbeit - auch menschliche, nicht nur maschinelle - vonnöten ist. Reichtum wächst in unserer Gesellschaft jedoch nicht in erster Linie durch (Zunahme der) Arbeit (oder Zunahme des Arbeitspensums), sondern durch Zunahme der Produktivität und durch Spekulation. Die Alternative zur Lösung des Problems der Koppelung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung kann Arbeitszwang für alle sein (etwa im real-existierenden Sozialismus) oder ein Recht auf Faulheit bei wählender Existenzsicherung. Die Herrschenden und Reichen haben freilich kein Interesse an einer Veränderung der Lage, oder wenn, dann nur insofern, als dass veränderten Umständen angepasste Bedingungen herrschaftssichernd sein sollen. Grundlage derzeitiger sozialer Sicherung ist zumeist die Erwerbsarbeit: Das Recht auf Arbeitslosengeld und -hilfe wird durch Lohnarbeit erworben. Steuern resultieren zum nicht unwesentlichen Teil aus Erwerbsarbeit. Dies ist der wesentliche Grund für die derzeitige Krise der Sicherungssysteme. Befürworter von Grundsicherung und Grundeinkommen behaupten zwar das Ende des fordistischen Modells, gehen bei Überlegungen ein "Recht auf Faulheit" betreffend jedoch meist nach wie vor von diesem Modell aus: Selbst wenn Überproduktion eingeschränkt wird, umweltschonend produziert und daher auch weniger konsumiert wird, Maschinen menschliche Arbeit weitgehend ersetzen, selbst dann kann der tertiäre Sektor, der nach wie vor eben auf menschlichen Dienstleistungen aufbaut, nicht unberücksichtigt bleiben. Forderungen nach Grundeinkommen oder Grundsicherung müssen daher die gesamtgesellschaftliche Situation reflektieren und dürfen politisch nicht bei einseitiger Interessenwahrung stehen bleiben. Sie müssen darüber hinaus die Bedingungen einer globalisierten Welt berücksichtigen². Ideologiekritisch greifen

¹ Und weiter schreibt Ribolits: "Es gehört wohl zu den großen Erstaunlichkeiten unseres Jahrhunderts, dass das permanente Hervorkommen der Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen die tiefgreifende ideologische Gemeinsamkeit, die in der Idealisierung der Arbeit liegt, völlig verdeckt hat."

² So argumentiert Fuchs (o.J.): "Grundsätzlich ist ein Grundeinkommen auf kommunaler, provinzieller, nationalstaatlicher oder supranationaler Ebene vorstellbar, um eine 4/5-Gesellschaft zu verhindern wäre jedoch unter heutigen Bedingungen die Einführung eines Grundeinkommens gekoppelt mit einem effektiven

sie die bürgerlich-kapitalistisch-sozialistische Religion der Arbeit an und gehen von der bereits bestehenden Entkoppelung von Einkommen und Arbeitsleistung aus.

Die aktuellen Überlegungen und Modelle haben ihre Wurzeln zumeist in den siebziger Jahren, resultieren aus der Erfahrung des Beginns einer strukturellen Krise der Arbeitswelt in der westlichen Wirtschaftsordnung und weltweit voranschreitender Naturzerstörung. Überlegungen zu Grundeinkommen, Grundsicherung, Bürgergeld gibt es bei sehr vielen politischen Akteuren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen im Folgenden Positionen zur Untersuchungsthematik vorgestellt werden, die in den letzten zwei Jahrzehnten von Parteien und Initiativen bezogen wurden. Auf wissenschaftlicher Ebene hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang u.a. die Arbeiten von Gorz, Van Parijs und Vobruba.

Viele Sozialhilfe- und Arbeitsloseninitiativen gehen davon aus, dass der fordistische *Deal*, der Klassenkompromiss, der einen störungsfreien Ablauf der Produktion gegen relativen Massenwohlstand dank der herrschenden Tarifparteien garantierte, von oben wie von unten aufgekündigt worden ist. 1982 wurde auf dem Bundeskongress der Erwerbsloseninitiativen die Forderung nach Grundeinkommen formuliert. Dies deutlich in Abgrenzung zu den gewerkschaftlichen Konzepten "Arbeit für alle", weil eben Arbeit unter den herrschenden Bedingungen nicht nur entfremdete, sondern auch zerstörerische (Rüstung, Ökologie) Arbeit ist. Fernerhin gehe Unterdrückung nicht nur vom Staat und den Eigentumsverhältnissen aus, sondern auch von Arbeits- und Lebensorganisation. Anders als DKP und andere StaatssozialistInnen kam die *Neue Linke* zu dem Schluss, dass fordistische Betriebsarbeit auch unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen entfremdet bliebe, und forderte die Wiederaneignung des eigenen Lebens auch in Form eines garantierten Grundeinkommens (Zelik). 1992 formulierte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen '13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten'. Die BAG fordert hier:

- 1) eine existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Zwang zur Arbeit;
- 2) eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können;
- 3) eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen und
- 4) die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung. (nach Zelik)

Konzepte wurden auch von Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaftskreisen (zu erwähnen insbesondere das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB - WSI) und Wohlfahrtsverbänden aufgestellt.

Die damals vorliegenden Modelle zur Mindestsicherung gingen von einem Bedarf einer einzelnen Person von 1200 Mark - 1600 Mark im Monat aus, wobei die untere Grenze von den GRÜNEN und dem WSI vertreten wurde, die oberste von den Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen und den 'Grauen Panther'. In der Diskussion aller Modelle tauchte auch damals z.B. bei Initiativen und (damals noch) GRÜNEN die Frage auf, ob es nicht sinnvoller sei, kombinierte Geld- und Sachforderungen, die auch mit anderen Forderungen kombiniert waren, aufzustellen, wie freien Zugang zu Kitaplätzen, öffentlichem Nahverkehr, öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen sowie eine ausgebauten Infrastruktur. In diesem Zusammenhang liefen viele Kampagnen von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, so zum Thema Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln. Auch Elternorganisationen sind und waren an einer kostengünstigen Infrastruktur für Kinder interessiert. [...] (Garms)

Das WSI forderte 1987 eine Sockelung der Einkommen aus Arbeitslosengeld und -hilfe auf ca. 1100 DM. Die Sozialhilfe sollte erhöht werden. Ein solches Modell impliziert eine Unterscheidung zwischen denen, die sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen und mehr erhalten einerseits und anderen Gruppen. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband schlug 1992 eine Grundsicherung als

Sozialsystem weltweit auf einmal und gleichzeitig einzuführen. Daher ist hier die Rede von einem universellen Grundeinkommen. Für eine solche Universalität spricht auch die in unter globalisierten kapitalistischen Verhältnissen gegebene Flexibilität des Kapitals. Die für die Finanzierung des Grundeinkommens unabdingbare verstärkte Kapitalbesteuerung würde im eingeschränkten Raum zu Kapitalflucht und Absiedelung führen. [...] Grundeinkommen entkoppelt Lohnarbeit und Existenzsicherung und kann ein Ende der Lohnabhängigkeit bedeuten. Es ist daher eine Maßnahme zur Armutsbekämpfung und zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit. [...] Ein universelles, bedingungsloses Grundeinkommen, das im Rahmen eines Ausbaus der sozialen Sicherung, der effektiven Besteuerung von Kapital und Eigentum und eines Systems der gerechten Umverteilung von Reichtum installiert wird, ist eine Gegenstimme zur Durchdringung aller Lebensverhältnisse mit Waren- und Profitlogik."

Ersatz für die Sozialhilfe und zur Sockelung der Bezüge aus Arbeitslosen- und Rentenversicherung vor. Auch hier ist eine Zweiteilung vorgesehen: Eine Grundsicherung II (20% höher) sollten Arbeitswillige, RentnerInnen, Mütter, Väter und Erwerbsunfähige erhalten. Eine Bedürftigkeitsprüfung war noch bei Ehegatten vorgesehen, Unterhaltspflicht für Kinder bis zum Alter von 27 Jahren sollte bestehen bleiben und das Vermögen der Betroffenen sollte angerechnet werden können. Dieses Modell wurde 1997 geringfügig modifiziert. Nach den damaligen Berechnungen ergab sich eine Grundsumme von 737 DM plus Wohnkosten (vgl. Garms).

Die Gruppe Blauer Montag, die dem radikal-linken Spektrum zuzuordnen ist, bezweifelt die Wirksamkeit klassischer gewerkschaftspolitischer oder sozialistischer Sozialpolitik und will das Grundeinkommen nicht nur auf einen Geldtransfer beschränkt sehen.

1998 stellte die BAG der Sozialhilfe-Initiativen (BAGSHI) ein neues Konzept vor: Jedem Menschen sollte eine Grundsicherung von 1500 DM plus etwa 500 DM Wohngeld zustehen. Die Grundsicherung soll Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz, Sozialhilfe, Erziehungsgeld, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld und Rente ersetzen und durch eine Abgabe von 50% auf Nettoeinkommen jeglicher Höhe finanziert werden.

Intensiv sind Grundeinkommens- und Grundsicherungsmodelle seit den frühen achtziger Jahren auch in kirchlichen Kreisen, v.a. in der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), diskutiert und entwickelt worden, ausgehend von der Tradition der katholischen Soziallehre, die Ausdruck u.a. seit über 100 Jahren in den päpstlichen Sozialzyklen *Rerum Novarum*, *Quadragesimo Anno*, *Mater et Magistra*, *Gaudium et Spes*, *Populorum Progressio*, *Laborem Exercens*, *Sollicitudo Rei Socialis* und *Centesimus Annus* findet. Das Fazit: "Wenn Existenzsicherung über Erwerbsarbeit und die darauf aufbauenden Sicherungssysteme für eine zunehmende Zahl von Menschen nicht mehr gewährleistet werden kann, müssen wir neue Formen der sozialen Sicherung finden" (KAB 1). Pax Christi Bregenz deutet auf sozialpsychologische Gefahren eines Grundeinkommens hin und macht Vorschläge zu dessen Finanzierung durch Ressourcensteuer, Quellensteuer, Wertschöpfungsabgabe, Entbürokratisierung und Einsparungen bei bisher bestehenden Sozialleistungen: "Ein garantiertes Grundeinkommen kann genauso dazu mißbraucht werden, um Menschen ruhigzustellen, auszugrenzen und die Spaltung in Reiche und Arme weiter zu vertiefen. Entscheidend für die Wirkung eines Grundeinkommens sind die Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft" (Pax Christi Bregenz).

Die KAB tagte erstmals auf dem Leverkusener Verbandstag 1983 zum Thema Grundeinkommen, gab 1990 ein Diskussionspapier dazu heraus und nahm die Forderung nach einem Grundeinkommen 1996 in ihr Grundsatzprogramm auf. In einer Seminarmappe zu dem Thema heißt es zutreffend:

Vollbeschäftigung im klassischen Sinne stellt zunehmend keine realistische Zukunftsperspektive mehr dar. Das heißt aber auch, dass die vorhandene Erwerbsarbeit weiter geteilt werden muss. Voraussetzung für eine Umverteilung von Erwerbsarbeit sind Formen der sozialen Sicherung unabhängig von Erwerbsarbeit. Hinzu kommt, dass die Bedeutung der Erwerbsarbeit für eine ausreichende soziale Sicherung zugunsten von anderen Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit (wie z.B. Familien- und Pflegetherbeit, gemeinwesenbezogene Arbeit) relativiert werden muss." (KAB 2, 5)

Der ökumenisch-sozialethische Arbeitskreis NRW sieht durch die gesellschaftliche Entwicklung die Erwerbsarbeit als Grundlage sozialer Sicherung gefährdet und erklärt, dass sich das Verhältnis der Nicht-Normbeschäftigten (befristete Verträge, Teilzeitverträge, Kurzarbeit, ABM, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Heimarbeit und abhängige Selbstständigkeit) zu den Normbeschäftigten von 1:5 Anfang der 1970er Jahre zu 1:2 Mitte der 1990er Jahre verschoben habe. (Ökumenisch...). Der Arbeitskreis plädiert für eine stärkere Entkoppelung von Einkommen und Arbeitszeit und rückt die gesellschaftliche Partizipation in den Mittelpunkt seiner Argumentation.

Auf der Suche nach der "Teilhabe-Gesellschaft" plädiert Heinrich Fücks von der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung für Investivlohnmodelle und ein Startkapital, das jeder Bürger bei Volljährigkeit erhalten und nach dem Verantwortungsprinzip nutzen sollte (Fücks). Während dies eventuell noch interessant klingen mag, betreiben bündnisgrüne Parlamentarier neoliberale Realpolitik. Thea Dückert MdB etwa möchte "die Teilzeitmauer einreißen und Arbeit im Bereich zwischen 326 und 850 Euro attraktiver machen, den [sic] gerade hier liegen große Potentiale ungenutzt." (Dücker) Das Niveau der Grundsicherung sollte daher deutlich unterhalb der unteren Lohngruppen liegen. Dieses Lohnabstandsgebot des grünen Modells wird von der PDS, die gleichzeitig einen Mindestlohn forsert, kritisiert (Brütt).

Von der Linken als gegensätzliche Modelle geschmäht, haben bürgerliche Parteien auf der Basis von Überlegungen Milton Friedmans "Bürgergeld-Modelle" entwickelt, die eine gesockelte Grundsicherung mit dem Zwang zur Übernahme gesellschaftlich relevanter Tätigkeiten verbinden³. Die F.D.P. schlägt eine negative Einkommenssteuer vor, die v.a. die Funktion besitzen soll, Niedriglöhne zu subventionieren: "Wenn das Einkommen durch Arbeit nicht mehr reicht, zahlt der Staat das, was das Kapital nicht aufbringen will - eine lustige Variante des Liberalismus" (Zelik). Am Primat des Arbeitsmarktes wird nicht gerüttelt, eine Entkoppelung von Lohnarbeit und Existenzsicherung ist nicht vorgesehen. Die Österreichischen Liberalen ("Liberales Forum") hingegen vertreten ein Grundeinkommens-Modell (vgl. Palaschke).

Die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen schlägt vor, Erwerbsarbeit durch "Bürgerarbeit" zu ergänzen. Der bisherige Arbeitsbegriff müsse von seiner Lohnarbeitszentriertheit befreit werden, auch ehrenamtliche Tätigkeiten sollen künftig als Arbeit anerkannt werden. Eine Vergütung soll vorwiegend immateriell erfolgen oder über Möglichkeiten zur kostenfreien Nutzung öffentlicher Einrichtungen (nach Brütt).

Die Sozialdemokraten halten an traditioneller Arbeitsmarktpolitik zunächst fest, was sich unter den heutigen Bedingungen als "Integration in den Arbeitsmarkt auch auf Kosten einer Absenkung und Konditionierung dafür hinderlicher Sozialleistungen; [...] Verschärfung der Pflichten zur Wiederaufnahme von Arbeit" liest (Merkel). Deutlich das Plädoyer für prekäre Beschäftigung, das Schröder und Blair wie folgt formulieren: "Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung" (Schröder/Blair, 14).

Interessant sind die einem solchen Arbeitsverständnis entgegengesetzten theoretischen Überlegungen aus dem linksradikalen Spektrum, von Anarchisten, Anarchosyndikalisten und dem Krisis-Umfeld. Bräuner etwa erkennt, dass ein Grundeinkommen, er nennt es Existenzgeld, - anders als etwa eine Grundsicherung - "kapitalistische Verwertungslogik" unterminiert:

Grellstens zeigt sich [...], daß Kapitalismus wegen seiner innerlich bestimmenden Logik der Kapitalverwertung überhaupt unfähig ist, originär soziale Rechte zu garantieren. Genau hier, an eben dieser Stelle, setzt die Forderung nach Existenzgeld an. [...] Dann aber ist die Forderung nach Existenzgeld gleichbedeutend mit der Forderung, kapitalistische Verwertungslogik und die aus dieser Verwertungslogik abgeleiteten 'Rechte' (hier vor allem das Recht auf Arbeit) tatsächlich nicht mehr als bestimmende Grundlage der gesellschaftlichen Wirklichkeit akzeptieren zu wollen. (Bräuner)

Der radikalen Linken geht es vorrangig um eine Zertrümmerung derzeitiger Herrschaftsideologien, die von einer Forderung nach Grundeinkommen unterstützt werden könnte. Breuer & Hübner rechnen in Anlehnung an André Gorz vor, dass, wenn der höchste Stand der Technik heute überall angewandt würde, die Arbeitslosigkeit durch Rationalisierungsmaßnahmen auf 38% stiege, was einen Kollaps bestehender Sicherungssysteme nach sich zöge. Durch Versteuerung des Kapitalertrags bei Abschaffung der Lohnnebenkosten könne ein Grundeinkommen finanziert werden. Dies würde allen bislang unterdrückten Gruppen und Individuen finanzielle Unabhängigkeit erlauben. Arbeiten, die heute als minderwertig angesehen werden, weil sie keine (oder kaum) Einkommen erfahren, würden somit aufgewertet werden (Breuer & Hübner).

Ribolits geht von der Absurdität der Tatsache aus, dass die Entwicklung der Produktionsmittel weniger Arbeit für alle ermöglichen könnte, jedoch (fast) alle politischen Akteure sich in der Forderung nach mehr Arbeitsplätzen einig sind. Dabei steige die durchschnittliche Wertschöpfung pro

³ Garms erläutert hierzu: "Mittel- und langfristiges Ziel der CDU (und auch der FDP) ist es, alle Sozialleistungen zu kombinieren und bei etwa 1100 Mark einzufrieren. Und für die CDU 'ist die Sozialhilfe die soziale Grundsicherung'. Angestrebt bei den Modellen, für die insbesondere Kurt Biedenkopf die Vorarbeiten leistete, ist die Kombination der Sozialleistungen, z.B. Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld usf. zu einem einheitlichen Geldbetrag ('Bürgergeld' oder 'Negative Einkommenssteuer' für Einkommensschwache), der von einer Verwaltungsinstitution, dem Finanzamt, auszuzahlen sei. Das Modell der Negativen Einkommenssteuer geht davon aus, dass bei der entsprechenden Institution Finanzamt ähnlich wie ein Einkommenssteuerausgleich ein 'negativer Einkommenssteuerausgleich' zu leisten sei. Diese Institution zahlt dann das an einer bestimmten Summe fehlende Geld aus. Dies ist allerdings damit verbunden, dass die differenzierten Sozialleistungen dann wegfallen. An diesem Modell wurde und wird auf vielfältige Weise Kritik geübt: So ist festzustellen, dass eine Deckelung und Beschränkung auf - für 1999 berechnet - 1100 Mark ohne zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen eine knappe Unterschreitung des jetzigen Sozialhilfeniveaus bedeuten würde." (Garms)

geleisteter Arbeitsstunde auch derzeit massiv an. Die dadurch steigenden Arbeitslosenzahlen (trotz Wirtschaftswachstums und damit einher gehender Umweltzerstörung) deuten nach Ribolits das "Ende der Arbeit" an. Notwendig sei daher die Überwindung des allgemein verinnerlichten Arbeitsethos, denn eingedenk der Marx'schen Erkenntnis, dass das Reich der Freiheit erst jenseits der Arbeitsnotwendigkeiten beginne, "gilt es nicht um neue Arbeitsplätze zu kämpfen sondern um das Herstellen gesellschaftlicher Bedingungen, die allen Menschen maximale kulturelle Teilhabe bei einem Minimum an geforderter Arbeit ermöglichen" (Ribolits)

Aus linksradikaler Sicht werden Grundsicherungsmodelle als nicht weit gehend genug abgelehnt, da sie weiterhin die Lohnarbeit ins Zentrum der Gesellschaft rücken und lediglich die bisherigen Sozialversicherungen durch eine steuerfinanzierte Grundsicherung sockeln (vgl. Brütt)⁴.

Die PDS hat sich 1993 die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung ins Programm geschrieben und dabei die Entkoppelung von Sozialleistungen und individuell geleisteter Erwerbsarbeit betont:

Wir kämpfen um eine bedarfsorientierte Grundsicherung für Menschen aller Altersgruppen, die sich am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientiert. Die soziale Grundsicherung soll nicht die herkömmlichen sozialen Leistungen ersetzen, die auf Versicherungsleistung basieren, sondern sie durch steuergünstige Leistungen ergänzen. Die entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung wird abgeschafft. (PDS 1, 15)

Dies wird, wie bereits erwähnt, verbunden mit der Forderung nach einem Mindestlohn (PDS 2, 9f). Während im Programm von 1993 die Grundsicherung bestehende Leistungen lediglich **ergänzen** soll, geht das Programm zur Bundestagswahl 2002 hier weiter: "Ansprüche an verschiedene Sozialleistungseinrichtungen, die in der Summe oft kaum mehr als das Existenzminimum ergeben, kann eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung **unbürokratisch zusammenführen**" (PDS 2, 20, Hervorhebung von mir). Das Attribut "bedarfsorientiert" signalisiert jedoch, dass die Grundsicherung nur bei Bedarf und nicht, wie in den Forderungen nach Grundeinkommen, an alle BürgerInnen ausbezahlt werden soll. In den Leitlinien der PDS zur Sozialpolitik 1998-2005 heißt es: "Das von der PDS vertretene Modell einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung bedeutet [...] nicht Abbruch der bisherigen sozialen Sicherungssysteme, aber auch nicht ihre Konservierung" (PDS 3). Die PDS hält sich also in bezug auf die Zukunft bestehender Sozialsysteme bedeckt, wobei hier insgesamt ein Wandel zugunsten der Ersetzung bisheriger Systeme durch eine Grundsicherung deutlich wird (von 1993 über 1998 zu 2002). Die programmatischen Aussagen spiegeln unterschiedliche Positionen in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik innerhalb der Partei wider. Die parlamentarische Strategie der PDS hingegen hat sich von der Einbringung von Gesamtkonzepten zur Sozialen Grundsicherung (1993; Bundestag DS 12/5044) hin zu kleinschrittigen Vorschlägen entwickelt.

Die Frage der Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens bzw. einer Grundsicherung ist für eine parlamentarische Kraft, die zumindest langfristig in der Lage sein könnte, diesbezügliche Forderungen politisch durchzusetzen, elementar. Während der Linken - in und außerhalb der PDS - natürlich die Bedeutung und Brisanz des Themas klar ist, sind nicht nur Wege der Umsetzung und Finanzierbarkeit diffus, sondern auch Strategien zur Popularisierung (nicht nur bei "Reformlinken") diffus. Das paulinische Diktum, eingegangen in die Verfassung der UdSSR "wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" richtet sich eben nicht (nur) gegen die Profiteure des Kapitalismus, sondern gegen die von gesellschaftlicher Teilhabe weitgehend ausgegrenzten unteren Schichten. Zumindest im Osten unseres Landes aber müsste klar sein, dass potentiell jeder von existentiellen Problemen betroffen

⁴ Auch alternative Subsistenzbereiche, etwa "Aussteigerkommunen" werden von einem linksradikalen Standpunkt aus heftig kritisiert. Zelik führt aus: "In Wirklichkeit ist die Flucht in alternative Subsistenzbereiche das genaue Gegenteil einer antikapitalistischen Strategie. Sie führt zur Selbstausbeutung in prekären Arbeitsverhältnissen und ist völlig kompatibel mit der kapitalistischen Tendenz, immer mehr Menschen aus dem Verwertungsprozeß auszuschließen. [...] Für viele MalocherInnen stellt nämlich Lohnarbeit - wenn sie nicht völlig verblödet ist - etwas durchaus Positives dar: soziale Kontakte, Weiterbildung, Anerkennung - eben 'die einzig allgemein akzeptierte Vergesellschaftungsform'. Es ist relativ elitär, diese Einstellung von vornherein als 'entfremdetes Bewußtsein' zu verurteilen. Letztlich muß ein erfolgsversprechender, sozialrevolutionärer Ansatz darum bemüht sein, das Recht auf Arbeit mit dem Recht auf Faulheit zu versöhnen. [...] Das Kapital ist nicht nur der Faulheit, sondern auch der Arbeit gegenüber ein höchst widersprüchliches Verhältnis: Kapital entsteht durch Arbeit und tendiert gleichzeitig dazu, sie abzuschaffen. Es eignet sich die menschliche Kreativität an und negiert sie genau dadurch permanent. Es 'kapitalisiert' die Freizeit in einer gewaltigen Wachstumsbranche, läßt aber Faulheit als unerträgliches Laster erscheinen."

sein kann. Ein Paradigmenwechsel bis in die Mitte der Gesellschaft hinein ist von heute auf morgen jedoch nicht zu bewerkstelligen. Auf Verständnis und Wählerstimmen allein bei den unmittelbar Betroffenen (immerhin auch mindestens sechs Millionen) zu setzen, wäre riskant und könnte Sympathien bei der bessergestellten und im Sinne eines protestantisch-bürgerlich-sozialistischen Arbeitsethos (s.o.) sozialisierten Stammwählerschaft verscherzen. Schäfer führt zudem aus, das alle Versuche, bei den Marginalisierten (häufig auch Nichtwähler) Protestpotential zu organisieren, belegen würden, wie schwierig es sei, sie in die politische Praxis einzubeziehen (Schäfer, 1098). Es gilt also, sollte man das Ziel überhaupt weiter verfolgen wollen, die Menschen - von sozialer Ausgrenzung Betroffene wie Nicht-Betroffene - von Nutzen und Finanzierbarkeit eines solchen gesellschaftlichen Umbaus zu überzeugen.

Die PDS als politische Partei sollte diejenigen Kräfte, denen an einem Grundeinkommen / einer Grundsicherung liegt, bündeln und sich als parlamentarische Kraft, außerparlamentarisch von zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen flankiert, an die politische Durchsetzung machen. Dies gelänge jedoch nur im Bündnis mit anderen politischen Parteien und wohl auch nicht allein auf nationaler, sondern längerfristig nur auf europäischer Ebene. Deutlich werden sollte, dass die Linke Abstand nehmen müsste von der Illusion einer Vollbeschäftigung unter kapitalistischen Bedingungen⁵. Eine erhebliche Erweiterung der gesellschaftlichen Basis würde sich ergeben, wenn die Gewerkschaften sich zur Forderung nach Grundsicherung durchringen könnten, oder eine solche mitvertreten würden (vgl. Garms).

In der gesellschaftlichen Diskussion sind derzeit verschiedene Modelle zur Gestaltung und Finanzierung Existenz sichernder sozialer Sicherungssysteme:

Ziel einer **Grundsicherung**, die als **bedarfsorientierte Mindestsicherung** verstanden wird, ist es, das Existenzminimum derer zu sichern, die nicht oder kaum an Erwerbsarbeitsprozessen beteiligt sind. Ihre Höhe orientiert sich am Existenzminimum. Vermittels gezielter steuer- und abgabepolitischer Maßnahmen soll die Grundsicherung finanziert werden (vgl. Brie 2002, 216f). Darunter fallen: eine nach der Wertschöpfung bemessene Sozialversicherung für alle, Unterbindung von Steuerhinterziehung, -mißbrauch und -flucht, eine Wertschöpfungssteuer, höhere Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer, ein Zuschlag für "Besserverdienende" (vgl. Garms 1999). Die Höhe der steuerfinanzierten Grundsicherung soll bei etwa 70% des Durchschnittseinkommens liegen (Klein et al. 2003, 205). Die Grundsicherung soll bedarfsorientiert sein.

Ziel eines **bedarfsunabhängigen Grundeinkommens** ist eine umfassende Sicherung der wirtschaftlichen Existenz Aller. Die Höhe orientiert sich am gemeinsam erwirtschafteten Sozialprodukt und ist demnach als **Sozialdividende** zu verstehen. Somit würde auch solche gesellschaftlich nützliche Arbeit entlohnt werden, die sich nicht marktwirtschaftlich als traditionelle Erwerbsarbeit vollzieht (Mitschke 2000, 47). Problematisch ist, dass durch die Auszahlung auch an Nichtbedürftige eine enorme Ausdehnung der Sozial- und Steuerhaushalte ohne jede personelle Umverteilung stattfindet: "Die zur Kasse gebetenen Steuerpflichtigen finanzieren ihr eigenes Grundeinkommen" (Mitschke 2000, 50). Ein Grundeinkommen oder eine Sozialdividende unterscheidet sich von einer Grundsicherung durch den Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung. Der Finanzierungsaufwand einer Sozialdividende ist erheblich. Anders als bei einer Grundsicherung (nach PDS-Modell) würden bei ihrer Einführung bisherige steuerfinanzierte Transferleistungen wie Kindergeld, Wohngeld, Erziehungsgeld allerdings wegfallen können. Die Auswahl des Steuersubstrates für ihre Finanzierung ist viel freier als etwa bei der Negativen Einkommenssteuer, die primär an Erwerbseinkommen gekoppelt bleibt: Die notwendigen Mittel für eine Sozialdividende könnten in hohem Maße auch durch Öko-, Energie- und Wertschöpfungssteuern erbracht werden (vgl. Kuettel 1998, 14; vgl. Pax Christi Bregenz 2002). Herausragendes Merkmal der Sozialdividende ist daher die weitgehende Entkoppelung von Arbeit und Einkommen (vgl. Eichler 2001, 16). Anders als eine Negative Einkommenssteuer würde eine Sozialdividende *ex ante* ausbezahlt werden, was sie allerdings durch die Notwendigkeit zur Vorfinanzierung weiter verteuert.

Eine **Negative Einkommenssteuer** setzt eine Koordination von Steuer- und Sozialrecht voraus. Das Konzept soll insbesondere auch die Flexibilisierung der Arbeitsorganisation fördern und Anreize zu

⁵ "Die Frage wäre nämlich auch: Vollbeschäftigung wo? In der BRD? In der EU? Weltweit? Spätestens hier wird ja der illusionäre und letztlich rückwärtsgerichtete Charakter dieser Forderung nach Vollbeschäftigung deutlich, die auf dem Produktions- und Gesellschaftsmodell der fordistischen Epoche beharrt." (Garms)

Mischformen aus Erwerbs- und Transfereinkommen bieten. Ferner stehen sich in diesem Modell nicht mehr zwei "Klassen", die der Steuerzahler und die der Transferleistungsbezieher, gegenüber (vgl. Mitschke 2000, 52f). Die Auszahlung des Grundeinkommens und die Besteuerung für dessen Finanzierung werden zusammen gelegt (Kuettel 1998, 12). Das impliziert, dass zur Finanzierung der Negativen Einkommenssteuer eben - wie der Name schon sagt - Erwerbseinkommen herangezogen werden und andere Finanzierungsquellen weitgehend unberücksichtigt bleiben müssen. Diese Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuer- und Transfersystems öffnet ein großes Rationalisierungspotential und bedeutet gleichzeitig die Einführung einer Bedarfsprüfung, da die Auszahlung nur an Personen mit geringem oder keinem Einkommen erfolgt (Kuettel 1998, 13). Die Auszahlung erfolgt *ex post* (Eichler 2001, 170).

Gern (1999) rechnet für eine Negative Einkommenssteuer mit Gesamtkosten von 116 bis 350 Milliarden DM, Kaltenborn (1995 & 1998) kommt auf nur 17 Milliarden, Becker (1998) geht von 80-90 Milliarden aus. Die Variationsbreite zeigt in gewisser Weise die Unwägbarkeit und den Gestaltungsspielraum derartiger Reformvorschläge. Drei Faktoren sind jedoch für die konkrete Ausgestaltung einer Negativen Einkommenssteuer ausschlaggebend: das Mindesteinkommen, die Transferentzugsrate und die Transfergrenze, ab der Steuern zu zahlen sind (Sesselmeier o.J., 2). Eine niedrige Transferentzugsrate und eine hohe Transfergrenze würden Anreize zur (eingeschränkten) legalen Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt darstellen, die die heutige Sozialhilfe mit ihrer hohen Transferentzugsrate nicht bieten kann. Dies birgt Chancen zur gesellschaftlichen Inklusion heute marginalisierter Gesellschaftsschichten, stellt freilich andererseits eine gesellschaftliche Subvention prekärer Arbeitsverhältnisse dar, die von Teilen der Linken rigoros abgelehnt wird.

Was will die Linke, was will die PDS? Die Verteidigung des **Status Quo**, eine **Vollbeschäftigung neuen Typs** (Brie), eine **Grundsicherung**, ein **Grundeinkommen** oder eine Steuerreform mit dem Ziel einer **negativen Einkommenssteuer**? Eine Kombination mehrerer Elemente? Über diese Fragen sollte im Rahmen der Programmdiskussion innerparteilich weitgehend Klärung erfolgen.

Literatur:

- BECKER, Irene. 1998. *Vergleich und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte*. EVS Arbeitspapier Nr. 18. Frankfurt: J.-W.-Goethe-Universität.
- BRÄUNER, Werner. o.J. "Existenzgeld, eine Einführung aus anarchistischer Sicht", www.diegluecklichenarbeitslosen.de/dieseseite/seite/316.htm
- BREUER, Lothar & Dominik HÜBNER. 2000. "Das garantierte Grundeinkommen", *KrASS/LiRa - Bündnis linker und radikal-demokratischer Hochschulgruppen*, www.uni-trier.de/uni/krass/bib/96ss-1b.htm
- BRÜTT, Christian. 1998. "Linksradikale Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz", *ak-analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 421, 17.12.98.
- DÜCKERT, Thea [MdB]. 2002. "Zukunftsfähige Sozialpolitik", *Heinrich-Böll-Stiftung - Perspektiven im grünen Format* 02/2002, 2.
- FROMM, Erich. 1955. *The Sane Society*. New York.
- FROMM, Erich. 1982. "Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle", in: E. Fromm, *Über den Ungehorsam und andere Essays*, 105-116 (Ersterscheinung: 1966, in: R. Theobald, *The Guaranteed Income*, N.Y.)
- FUCHS, Christian. o.J. "Informationsgesellschaftlicher Kapitalismus und die Forderung nach einem universellen, bedingungslosen Grundeinkommen", www.cartoon.iguw.tuwien.ac.at/christian/infogestechn/grundeinkommen.html
- FÜCKS, Ralf. 2002. "Wege zur Teilhabe-Gesellschaft", *Heinrich-Böll-Stiftung - Perspektiven im grünen Format* 02/2002, 1-2.
- GARMS, Hinrich. 1999. "'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen?!' Bedarfsorientierte Grundsicherung - Soziale Grundsicherung - Existenzgeld Modelle und Diskussionsstränge", www.pds-sachsen.de/aktuell.asp
- GERN, Klaus-Jürgen. 1999. *Auswirkungen verschiedener Varianten einer negativen Einkommenssteuer in Deutschland. Eine Simulationsstudie*. Tübingen.
- GORZ, André. 1990. *Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*. Berlin: Rotbuch.

- GORZ, André. 2000. *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- GRUPPE BLAUER MONTAG. 1998. "Gegen die Hierarchisierung des Elends. Überlegungen zu Prekarisierung, Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung", www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/prekr.htm.
- GUBITZER, Luise & Peter HEINTEL. "Koppeln oder Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen", www.univie.ac.at/iffgesorg/ifftexte/band41gph.htm
- (KAB 1) KATHOLISCHE ARBEITNEHMER-BEWEGUNG. o.J. *Ohne Grund Einkommen! Ohne Grundeinkommen? Existenz sichern heißt: Teilhabe ermöglichen! Statement der KAB-Berlin*. www.kab-dv-berlin.de/infobox/grundsicherung.htm
- (KAB 2) KATHOLISCHE ARBEITNEHMER-BEWEGUNG. o.J. *Ohne Grund Einkommen! Ohne Grundeinkommen? Existenz sichern heißt: Teilhabe ermöglichen! Arbeitshilfe zum Thema Grundsicherung für die Mitglieder der KAB-Berlin*.
- KALTENBORN, Bruno. 1995. *Modelle der Grundsicherung. Ein systematischer Vergleich*. Baden-Baden.
- KALTENBORN, Bruno. 1998. *Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung*. Baden-Baden.
- KLEIN, Dieter et al. 2003. *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Berlin: Karl Dietz.
- KROPOTKIN, Peter. 1892. *Die Eroberung des Brotes!* Bern u. Grafenau: Anares u. Trotzdem (Nachdruck o.J.).
- KUETTEL, Rolf. 1998. *Basic Income as a Strategy of Change*. Lizentiatsarbeit. Manuskript.
- HOLUBA, Stefanie. 2002. *An der Grenze des Marxismus - Arbeiten Paul Lafargues*. Schkeuditz: GNN.
- LAFARGUE, Paul. 1999. *Das Recht auf Faulheit*. Grafenau, Ütze: Trotzdem & Anares.
- LAMPERT, Heinz. ⁴1996. *Lehrbuch der Sozialpolitik*. Berlin et al.: Springer.
- (MEW) MARX, Karl & Friedrich ENGELS. 1962. *Werke*. Berlin: Dietz.
- MITSCHKE, Joachim. 2000. *Grundsicherungsmodelle - Ziele, Gestaltung, Wirkungen und Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich*. Baden-Baden: Nomos.
- PAX CHRISTI BREGENZ. 2002. "Menschenwürdiges Leben für alle - Garantiertes Grundeinkommen für alle", www.vobs.at/asav/pax1.htm
- OEKUMENISCH-SOZIALETHISCHER ARBEITSKREIS NRW. *Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Arbeit, Einkommen und Leben - Thesen zur Arbeit der Zukunft*. Manuskript.
- PALASCHKE, Mario. o.J. "Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Grundeinkommen für alle?", www.sozialliberale.net/momentum-html/grundeinkommen.html
- (PDS 1) PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS. 1998. *Programm und Statut*.
- (PDS 2) PROGRAMM DER PDS ZUR BUNDESTAGSWAHL 2002. *Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!* Beschluss des Rostocker Parteitages der PDS 16. und 17. März 2002.
- (PDS 3). *Leitlinien der PDS zur Sozialpolitik 1998-2005*.
- RIBOLITS, Erich. 2001. "Die Arbeit hoch? Bildung und Bildungspolitik für eine menschenwürdige Gesellschaft." Veranstaltung Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften, 21.11.2001. www.oekonux.de/liste/archive/msg04276.html
- SCHÄFER, Paul. 2002. "Die Wahl 2002 und die Krise der PDS", *Utopie kreativ* 146, 1088-1101.
- SCHRÖDER, Gerhard / Tony BLAIR. 1999. *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*. Berlin: Eigenausgabe der SPD.
- SESSELMEIER, Werner. o.J. Negative Einkommenssteuer. Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland - eine realistische Option? Manuskript.
- VAN PARIJS, Philippe. 2000. *Basic Income: A Simple and Powerful Idea for the 21st Century*. BIEN, 8th International Congress, Berlin, Oct. 6th-7th, 2000.
- VOBRUBA, Georg. 2000. *Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- WEBER, Max. ⁷1984. *Die protestantische Ethik I*. Gütersloh: GVM.
- ZELIK, Raul. "Existenzgeld - Die Entkopplung von Arbeitszeit und Einkommen", www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/exg-cont.html